

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 32.

Paderborn, 15. März

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Borgis-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Einladung zum Abonnement.

Das „Paderborner Volksblatt“, welches, trotz der kurzen Zeit seines Bestehens, sich bereits einer allgemeinen Theilnahme erfreut — wovon die immer noch einlaufenden Nachbestellungen Zeugniß geben — wird auch für das nächste Quartal wie bisher dreimal wöchentlich, am Dienstag, Donnerstag und Samstag, erscheinen. — Unsere Tendenz werden wir auch ferner treu verfolgen — im Vertrauen auf die Alles überwachende Vorsehung an einer volksthümlichen Verfassung festhalten, jedes Gelüste nach dem Verbrauchten und Verdorbenen bekämpfen, und mit Entschiedenheit den Bestrebungen derjenigen entgegentreten, welche darauf gerichtet sind, das Volk zu unbesonnenen und gesetzwidrigen Handlungen zu verleiten. Die wichtigsten Tagesereignisse werden wir schnell und der Wahrheit getreu mittheilen und nebenbei einiges Gemeinnützige und Unterhaltende liefern. In Berlin, Frankfurt und mehreren andern Orten sind Correspondenten gewonnen. In ersterer Stadt hat namentlich unser Abgeordneter zur 1. Kammer, Herr Landrath Grassi, die thätigste Mitwirkung unserm Blatte zugesichert.

Auch der unbemittelte Bürger und Landmann fühlt in jetziger Zeit das Bedürfnis, sich über die politischen Zustände sowohl unseres Vaterlandes als der fremden Staaten zu unterrichten; damit diesen nun die Anschaffung unseres Blattes nicht schwer falle, haben wir den Abonnements-Preis so billig, wie nur immer möglich — vierteljährlich 10 Sgr., durch die Post bezogen 12½ Sgr. — gestellt. — Bestellungen bitten wir möglichst frühzeitig, auswärts bei der nächsten Postanstalt, zu machen. Neu eintretende Abonnenten erhalten die noch erscheinenden Nummern des Monats März unentgeltlich.

Noch sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß wir für Artikel, welche die Bezeichnung „Inserat“ tragen, und der Tendenz unseres Blattes nicht immer entsprechend sind, keine Verantwortlichkeit übernehmen. Diese Artikel werden von uns als Anzeigen betrachtet. —

Paderborn, 9. März 1849.

Die Redaktion und Expedition des Paderborner Volksblattes.

Uebersicht.

Die Grundrechte des deutschen Volkes.
Deutschland. Berlin (Kammervershandlungen; Vorlegung dreier Gesetzesentwürfe; Entwurf der Adresse; die Portofreiheit für die Abgeordneten; Parade; Uebereinkunft der Reichsregierung mit der Preussischen); Frankfurt (Antrag des Abgeordneten Welcker; Verathung der Grundrechte); Aachen (die Feier der Märztage); Hamburg (die Blockade der Häfen); Prag (Tod des Erzbischofs v. Schrenck).
Bermischtes.

R. Paderborn, 14. März 1849.

Grundrechte des deutschen Volkes.

Artikel III.

Unverletzlichkeit der Person.

§. 10. Die Wohnung ist unverletzlich.

Eine Hausdurchsuchung ist nur zulässig:

- 1) in Kraft eines richterlichen mit Gründen versehenen Befehls, welcher sofort oder innerhalb der nächsten vier und zwanzig Stunden dem Betheiligten zugestellt werden soll;
 - 2) im Falle der Verfolgung auf frischer That durch den gesetzlich berechtigten Beamten;
 - 3) in den Fällen und Formen, in welchen das Gesetz ausnahmsweise bestimmten Beamten auch ohne richterlichen Befehl dieselbe gestattet.
- Die Hausdurchsuchung muß, wenn thunlich, mit Zuziehung von Hausgenossen erfolgen.

Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist kein Hindernis der Verhaftung eines gerichtlich Verfolgten.

§. 11. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Hausdurchsuchung, nur in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls vorgenommen werden, welcher sofort oder innerhalb der nächsten vier und zwanzig Stunden dem Betheiligten zugestellt werden soll.

§. 12. Das Briefgeheimnis ist gewährleistet.

Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen.

Soll die persönliche Freiheit vollends gewährleistet sein, so muß auch das Haus, die Wohnung unverletzlich sein. Damit aber die Wohnung, welche die freie Burg des freien Mannes sein soll, nicht zur Räuberhöhle und zum privilegierten Schlupfwinkel des Verbrechens mißbraucht werden kann, sind auch hier Ausnahmen nöthig gewesen. Die Unverletzlichkeit der Wohnung reicht nicht weiter, als die der Person selbst. Daher ist im Falle der Verfolgung eines Verbrechers auf frischer That die Hausdurchsuchung durch die gesetzlich berechtigten Beamten zulässig. In diesem Falle sind auch die Polizeibeamten dazu berechtigt und darf der Verbrecher nicht bloß in seine eigene, sondern auch in die Wohnung eines Andern, wenn er sich dahin geflüchtet hat, verfolgt werden. Außerdem darf eine Hausdurchsuchung nur in Kraft eines richterlichen Befehls geschehen. Um die Verfolgung eines Verbrechers nicht aufzuhalten, ist hier, wie im vorhergehenden §. Paraphrasen nachgelassen, daß der mit Gründen versehene Befehl des Richters nicht gleich, sondern erst innerhalb 24 Stunden beigebracht zu werden braucht. Die Polizeibeamten dürfen daher auch die Hausdurchsuchung auf Grund